

## DIE ZEIT (Hamburg)

Nr. 5 -

### Plan Marmelade

Von GERD BUCERIUS

Kein Krieg hat jemals solche Wunden zurückgelassen wie der vergangene. Sein Ende fand viele Millionen Menschen als Soldaten oder Zwangsarbeiter fern ihrer Heimat, alle Industrien der Erde in Werkzeuge der Zerstörung verwandelt, die Landwirtschaft Europas vernichtet, die der überseeischen Gebiete gedrosselt. Und doch schien es uns nach dem Zusammenbruch, als ob über diesen Verwüstungen einer versunkenen Weltwirtschaft schon bald neues, wenn auch bescheidenes Leben wachsen könnte. Die Erwartung stetiger Besserung gab allen Kraft, die trotzdem schweren Entbehrungen zu ertragen.

Jetzt müssen wir mit Erschrecken sehen, daß die aufgewühlten Gewalten noch keineswegs beruhigt sind. Wetterkatastrophen, die trotz ihrer Ausmaße früher nur zu einer mäßigen Steigerung der internationalen Getreidepreise geführt hätten, bedrohen heute das Leben von Millionen. Indien, dicht bevölkert, war immer ein Sorgenkind. Deutschland ohne Außenhandel und ohne Handelsflotte leidet besonders unter der Abtretung des landwirtschaftlichen Ostens, wo uns zugleich mit dem Siedlungsgebiet für acht Millionen erhebliche Überschüsse an Kartoffeln und Getreide für die verbliebenen deutschen Gebiete verlorengegangen sind.

\*

Wir wollen nicht über die Ursachen dieses neuen Zusammenbruches rechten: dem verzweifelt Hungernden hilft es nicht, wenn man ihm seine eigene und ausschließliche Schuld an der Katastrophe nachweist. Heute müssen wir uns darüber klar werden, welche Maßnahmen der äußerste Ernst der Lage gebietet.

Mit einer wirklich ins Gewicht fallenden Verbesserung der Nahrungsdecke ist vorläufig nicht zu rechnen; das hat die internationale Diskussion der letzten Wochen klargestellt. Alles, was wir vielleicht hoffen können, ist, daß bei fortdauernder, vor allem englischer, Hilfe die jetzigen Rationen nicht noch weiter vermindert werden müssen, was noch keineswegs sichergestellt erscheint: 30 000 Tonnen Getreide müssen aus England allein für den Bedarf Hamburg-Schleswig-Holsteins auch jetzt noch in jedem Monat eingeführt werden. Der Sommer wird mit der neuen Ernte und dem in diesem Jahr zu erwartenden besseren Gemüseanfall wesentliche Erleichterungen, der späte Winter und das nächste Frühjahr aber wieder eine der jetzigen ähnliche Lage bringen. Erst dann — bleibt uns der Frieden erhalten — können wir mit größerer Sicherheit auf eine wirklich ausreichende Ernährung unseres Volkes rechnen.

\*

Diese Katastrophe trifft einen stark geschwächten Volkskörper. Die Entziehung hochwertiger Nahrungsmittel begann schon 1933; sie wurde im und

nach dem Kriege äußerst kritisch. Nach so vielen Jahren verdeckten Mangels muß der letzte harte Schlag um so schlimmer wirken. Die widerstandsfähigen jungen Jahrgänge hat zudem der Krieg bis auf das äußerste gelichtet: gesunde Männer der Jahrgänge 1910 bis 1925 gibt es fast nicht mehr. Es sind die älteren, anfälligeren Menschen, die den neuen Stoß auszuhalten haben. Die Landbevölkerung wird weniger leiden als die Städte, die schon dem entnervenden Luftkrieg ausgesetzt waren. Nun sollen aber gerade die industrietragenden Städte in zukünftigen Jahren — durch Austausch ihrer Produkte gegen Lebensmittel des Auslandes — die Nahrung sichern, die der uns verbliebene Boden auch bei bester Ausnutzung und bescheidensten Ansprüchen nun einmal nicht zu geben vermag. Was können wir aber von den Städten erwarten, deren Jugend vernichtet und deren ältere Jahrgänge durch Hunger zermürbt sind? Wie die Kraft unseres Volkes zum Wiederaufbau in zukünftigen Tagen trotz der unabänderlich scheinenden Nahrungslage vor dem äußersten bewahrt werden kann, das ist das Problem der Stunde. Es gibt kein ernsteres!

Geringe Nahrung bedeutet verminderte Arbeitsfähigkeit. Verlangt man von dem unterernährten Körper für längere Zeit unveränderte Leistung, so zerstört man seine Substanz. Deshalb werden wesentliche Kürzungen der täglichen Arbeitszeit (bei Lang- und Schwerarbeitern ohne Entzug der Zusatzkarten) erwogen und wohl in Kürze beschlossen. Wird diese Maßnahme genügen, um das stark gefährdete Gleichgewicht im Kräftehaushalt wiederherzustellen?

\*

Wir meinen, daß die mechanische Herabsetzung der Arbeitszeit das Problem vom falschen Ende zu lösen sucht. Von vornherein wird man in zahlreichen Berufen die Arbeitszeit ohne gleichzeitige Änderung des gesamten Wirtschaftssystems gar nicht herabsetzen können. Das Volumen des städtischen Verkehrs z. B. wird nicht sinken. Da hier etwa 5 v. H. der werktätigen Bevölkerung beteiligt sind, müßte man diese entweder hungern lassen oder aber ihnen Zusatzkarten geben und damit den knappen Haushalt stark belasten. Wie stellt man sich die Arbeitsverkürzung bei den Massen der behördlichen Angestellten vor? Sollen sie ihre alte Stundenzahl beibehalten (mit oder ohne Zusatzkarten?) oder ihre Aufgaben unerledigt lassen? Sollen die Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität) mit ihrer erheblichen Gefolgschaft an Arbeitern und Angestellten von der allgemeinen Regelung ausgenommen werden? Was sollen aus Lebensmittelhandel, aus Bäckereien, lebensnotwendigen Kleinindustrien werden?

\*

Gewerbe um Gewerbe werden so mit — wohlbegründeten — Anträgen auf Ausnahme von der allgemeinen Regelung kommen und für ihre Betriebe erhöhte Arbeitszeit verlangen. Man gebe sich aber keinen Illusionen hin: die Arbeiterschaft, die immer die Hauptlast wirtschaftlicher Katastrophen auszuhalten hat, ist zur Aufrechterhaltung ihrer jetzigen Leistung bei Kürzung der Rationen außerstande. Die nächsten Wochen werden erschütternde Beweise dieses sich schon heute ankündigenden Zustandes bringen. Vorgriffe auf die

letzte Woche der laufenden Zuteilungsperiode verschleiern diesen Tatbestand zurzeit. Und mag in der ersten Periode der Mangel auch mit restlichen Energien überbrückt werden: bei der zweiten werden die Ausfallerscheinungen um so schwerwiegender und unheilbarer sein.

In dieser Lage gibt es nur eine Lösung: der Pulsschlag unseres gesamten öffentlichen Lebens muß herabgesetzt werden. Nicht die Arbeitszeit, sondern die Aufgaben müssen dem gesunkenen Nahrungsniveau angepaßt werden. Wie das Murmeltier sich im Winter, der Zeit seiner Nahrungskrise, in den Schlaf begibt, muß auch das deutsche Volk einen Winterschlaf beziehen. Es muß in ihm seine Kräfte erhalten, um später beim sicher kommenden Frühling seines Wiederaufbaus leistungsfähig zu sein.

Dieser Plan verlangt radikale Einschränkungen unseres öffentlichen und privaten Lebens. Nicht Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde, sondern mindestens einen arbeitsfreien Tag, mit völliger Verkehrsruhe, z. B. von Sonn-

abendmittag bis Dienstag früh, ist notwendig. Die zweieinhalbtägige, vielleicht um den halben Sonnabend zu verlängernde Pause läßt die erschöpften Körper auch ohne zusätzliche Nahrung Kraft für die neue Woche gewinnen. Man erinnere sich der heilsamen und kräfteschaffenden Wirkung des englischen Sonntags. Es muß, soweit möglich, erreicht werden, daß die körperliche Erholung durch lange Ruhezeiten gesichert wird. Ob das durch längere Pausen am Tage oder durch lange Nachtruhe, verstärkt durch Vermeidung störender Lärms,

möglich sein wird, muß wohl von Fall zu Fall entschieden werden. Im Vordergrund steht die Notwendigkeit, wirklich allgemein Kräfte zu sparen.

Beachtliche Einsparung und Schaffung von Ruhestellungen sind noch durch Zusammenlegung von Kleinstbetrieben der Industrie und des Handels zu erzielen. Hier liegen noch große Reserven, die unter allen Umständen mobilisiert werden müssen. Durch geeignete Maßnahmen muß dabei das berechnete Interesse der stillgelegten Betriebe sichergestellt werden; gehören doch die Kleinbetriebe zu den wertvollsten Kräften des späteren Wiederaufbaues. Auf ganze Industrien wird man vorübergehend verzichten müssen, auch wenn wichtige Interessen, wie die der Wiederherstellung von Industrien oder gar Wohnungen, darunter leiden. Alles, was nicht dem notwendigsten Leben, gerade noch dem Atem der schlafenden Wirtschaft dient, muß ruhen.

Man glaube nicht, daß diese Einschränkungen im Ergebnis zu einer Verminderung des Wirtschaftsvolumens führen werden. Schon die erste Woche der Rationskürzung brachte ohne sie eine Minderung der Kohlenproduktion bis um 25 v. H. mit einer sicheren baldigen Steigerung dieses Satzes. Gleiches ist auf allen Wirtschaftsgebieten zu erwarten. Unser Plan ist nur eine Anerkennung der unvermeidlichen Produktionsverminderung. Er wird ihr Ausmaß mildern und die Kräfte unseres Volkes für den späteren Wiederaufbau erhalten.

Der „Plan Murmeltier“ kann hier nicht fest und in Einzelheiten niedergelegt werden. Er greift viel zu tief in das gesamte Leben unseres Volkes hinein, als daß er von einer Stelle und vom grünen Tisch aus aufgezeichnet werden könnte. Wir wollen nur die Größe der Gefahr umreißen und die Notwendigkeit betonen, diese Gefahr durch umfassende, nicht auf Halbheiten beschränkte Maßnahmen zu bekämpfen. Wir sollten nicht blind in die Katastrophe hineingehen, sondern alles erwägen, um das Schicksal zu wenden.

**(Das Recht auf Gehör**

Von Senator Dr. Gerd Bucerius

Deutschland ringt um den Aufbau eines neuen Lebens. Das Gift der Vergangenheit soll nicht nur aus den Köpfen der Menschen entfernt werden. Es müssen auch die Personen ausgeschaltet werden, die unter dem Zeichen des Nationalsozialismus das Recht brachen, alle Andersdenkenden knechteten und entrechteten, die sich auf Kosten ihrer Mitbürger schamlos bereicherten und mithalfen, daß Deutschland in eine Not und ein Elend gestürzt wurden, wie sie die Geschichte noch nicht kannte.

Beträchtlich ist der Anteil dieser Personen an der Gesamtbevölkerung. Die Verantwortung jedoch, die auf den einzelnen lastet, ist sehr verschieden. Es gibt ausgesprochene Verbrecher, es gibt Nutznießer, es gibt Mitläufer und solche, die durch äußere Umstände in den Strudel des Verderbens gezogen wurden, jedoch alles taten, was in ihren Kräften stand, um sich so anständig zu führen, wie das in einer Zeit der schrankenlosen Willkür für sie ohne besondere Gefährdung ihrer Person oder gar ihrer Familie möglich war. Gewiß hätten größere Opferbereitschaft und rücksichtsloses Eintreten für Recht und Anstand mehr bedeutet, als dieses schwächliche Schwanken zwischen erkannter Pflicht und feigem Zagen gegenüber der allmächtigen Partei. Wenn jedoch alle aus dem deutschen öffentlichen Leben ausgeschaltet würden, die nicht den Mut zum Einsatz von Leben, Freiheit und Vermögen, manchmal sogar der eigenen Familie fanden, wer bliebe dann für den Wiederaufbau Deutschlands übrig? Deshalb sind ja durch das Gesetz des Kontrollrates die Belasteten von den Mitläufern, von den nominalen PG's geschieden.

Dem Zwecke der unerläßlichen Bereinigung des öffentlichen Lebens dienen die deutschen Denazifizierungsausschüsse. Sie sollen im Einzelfalle die Schuld des Beteiligten prüfen, feststellen, ob er Mitläufer oder Belasteter war, und die erforderliche Sühne verhängen. Die Aufgabe ist nicht leicht. Nur eine genaue Prüfung aller Umstände kann ein wahres Bild gewähren. Viele Vorwürfe mögen auf den ersten Blick gerechtfertigt erscheinen, erklären sich vielleicht aus den Besonderheiten der Umstände einer aus den Fugen geratenen Zeit. Deswegen muß dem Angeschuldigten Gelegenheit gegeben werden, sich zu rechtfertigen, soweit das möglich ist, und wenn dann auf Grund unklarer Verhältnisse oder persön-

licher Feindschaften dennoch ein Fehlurteil gefällt wird, soll er sich an einen Berufungsausschuß wenden dürfen, um seinen Fall klarzulegen und auf Irrtümer hinweisen zu können.

Es ist vielleicht nicht so sehr von Bedeutung, daß dem einzelnen nicht einmal eine Härte widerfährt, mag sie auch unverdient sein; daß wir jeden brauchen zum Aufbau, der seine Unschuld oder seine Harmlosigkeit in der Zeit Hitlers nachweisen kann. Viel wichtiger ist die Forderung, daß bei der Denazifizierung sich nicht noch einmal der Wahnsinn eines Einparteistaates austoben darf, der über Recht und Menschenleben sich willkürlich hinwegsetzt, der den politischen Gegner treffen will und nicht nach Recht oder Unrecht fragt, sondern daß nach unbeugsamer unerbittlicher Gerechtigkeit geurteilt wird.

Wir müssen in das Herz jeden Deutschen die Überzeugung hineinpflanzen, daß das, was jetzt geschieht, gerecht ist. Die Denazifizierung ist keine Angelegenheit der Parteien, sondern des deutschen Volkes, das nicht länger auf dem Grunde politischer Leidenschaften, sondern auf dem Fels des Rechtsbewußtseins aufbauen will. Das war der Sinn des Antrages der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, den Beschuldigten in den Berufungsausschüssen das Recht auf persönliche Anhörung zu gewähren. Dieser Antrag ist von den Stimmen der KPD, der SPD und der Gewerkschaften abgelehnt.

Es ist alter germanischer Rechtsbrauch: man soll hören „alle beede“, bevor ein Urteil gesprochen wird. Auf dem Recht, sich zu verteidigen, beruht das Strafrecht überhaupt. Im englischen Recht kann der Angeklagte sogar in eigener Sache vor seinen Richtern unter Eid aussagen. Wird das persönliche Gehör verweigert, dann wird damit nicht der Einzelne allein getroffen, sondern ebenso sehr, vielleicht in erhöhtem Maße, das Vertrauen der breiten Öffentlichkeit in die Gerechtigkeit des Verfahrens. Wer ohne Gehör verurteilt wird, wird die innere Berechtigung des Urteils nie anerkennen, und das ist es, worauf es für die Haltung unseres Volkes entscheidend ankommt. Von allen Werten sind uns nach den Verheerungen des Dritten Reiches nur zwei übriggeblieben: das Christentum und das Recht. Geben wir auch diese preis, ist eine Wiedergesundung unseres Volkes, ist eine Rückkehr zur Demokratie, die nur auf dem Rechte beruhen kann, unmöglich.



0 2 6 3 9 0003 000

P Bucerius  
Dr. Gerd

Hamburgisches  
Welt-Wirtsch.-Archiv

# Hamburger Echo

№ 38

10. Aug. 1946

## Das Recht der Wahrheit auf Gehör

Es ist ein eigen Ding um eine überzeugende Beweisführung. Dem einen gelingt sie, dem anderen nicht. Herrn Senator Dr. Gerd Bucerius gelingt sie fast nie, weil er sehr eigenwillig mit der Wahrheit umgeht.

In der letzten Bürgerschaftssitzung tat der genannte Abgeordnete sich bei der Aussprache über einen Christlichen DU-Antrag, die Berufungsausschüsse für Denazifizierte betreffend, mit einem Zwischenruf hervor. Mit diesem Zwischenruf behauptete dieser Jurist, in den Berufungsausschüssen würden die Beschuldigten „nie“ gehört. Zahlreiche Vorgänge, die jedem nicht Böswilligen bekannt sind, beweisen das Gegenteil. Der Präsident der Bürgerschaft hat diese Wahrheit sofort eindeutig festgestellt und dabei ernste Worte an die Mitglieder der Bürgerschaft gerichtet, die sachliche Arbeit der Ausschüsse nicht zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen werden zu lassen. Diese Mahnung ist von allen richtig verstanden worden, nur Herr Bucerius ist politisch schwerhörig. Oder er spielt den Begriffsstutzigen zur höheren Ehre der CDU.

In der gestrigen „Hamburger Allgemeinen Zeitung“ verfiert er „das Recht auf Gehör“. Dieses Recht wird von niemandem angetastet; aber der in so vielen Sätteln gerechte Herr stellt die Sache so dar, als ob „von den Stimmen der KPD, der SPD und der Gewerkschaften“ der von der CDU-Fraktion gestellte Antrag, „den Beschuldigten in den Berufungsausschüssen das Recht auf persönliche Anhörung zu gewähren“, abgelehnt wurde. Dabei ist gerade von dem sozialdemokratischen Sprecher hervorgehoben worden, sachlich bestehe kein Unterschied in der Auffassung, formell aber sei dieser Antrag wegen seiner Tendenz, in

die Tätigkeit der Ausschüsse einzugreifen — wovon später auch der Präsident warnte —, zu bestanden. Das ist die Wahrheit. Aber die hat Herr Bucerius überhört, wie er auch die Mahnung des Präsidenten überhört und deshalb diese Gelegenheit noch zu einem Leitartikel in der „H. A. Z.“ ausgewalzt hat. Das aber wohl neben anderen durchsichtigen Gründen nur zu dem Zweck, um folgenden Bekenntnissatz anzubringen:

Von allen Werten sind uns nach den Verheerungen des Dritten Reiches nur zwei übriggeblieben: das Christentum und das Recht.

Das Christentum und das Recht sind zweifellos große Werte, die von den Nazis mißachtet wurden. Aber auch die Wahrheit! Herr Senator Dr. Gerd Bucerius hat sie bei seiner Aufzählung vergessen. Deshalb geht er auch in einer Sache zweimal so eigenwillig mit diesem Wert um.

Doch nicht nur ein CDU-Schützling, sondern auch die Wahrheit hat ein Recht auf Gehör!

## Klassenkampf — ein Ideal?

Von Senator Dr. Gerd Bucerius

Unter dieser Überschrift beschäftigte sich das „Hamburger Echo“ vom 18. 9. 46 mit meinem Artikel „Wahlpflicht“, in dem ich mit sehr zurückhaltenden Worten die überaus bedauerliche Tatsache feststellte, daß die Sozialdemokratie mit ganz besonderer Betonung die Idee des Klassenkampfes wieder in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gerückt hat. Das „Echo“ glaubt sich über diese Feststellung entrüsten zu müssen. Es fordert — wirklich! — zu größerer Sachlichkeit im Wahlkampf auf und will uns anscheinend Mangel an christlicher Gesinnung vorwerfen.

Warum der Vorwurf? Warum wird hier von Brunnenvergiftung gesprochen? Will man von dem Gedanken des Klassenkampfes abrücken und wie wir, die Einheit des Volkes in den Vordergrund stellen? Dann freilich wäre aus dieser Diskussion etwas gewonnen. Aber im Gegenteil. Man bemüht sich heute, den Klassenkampf als naturnotwendig anzusehen. Er soll aus der Lage unserer Gesellschaftsordnung zwangsläufig entstanden sein. Die Sozialdemokratie will ihn gar nicht, die Gegner zwingen ihn ihr auf. Nicht sie, die anderen sind schuldig!

Wir fragen uns nur immer, welche politischen Maßnahmen der anderen Parteien, vor allem der CDU, die Sozialdemokratie denn nun eigentlich zwingen, auf dieses furchtbare, die Einheit unseres Volkes zerstörende Instrument zurückzugreifen. An welcher Stelle haben wir angesetzt, um unsere politischen Gegner im Klassenkampf zu unterwerfen? Welches Verhalten unserer Mitbürger, von denen das „Echo“ z. B. anlässlich der CDU-Versammlung in Rahlstedt als einer „gutbürgerlich zusammengesetzten Versammlung“ spricht, gab Herrn Schmedemann das Recht, in jener Versammlung als Diskussionsredner der SPD von „schamlosen Ausbeutungsmethoden“ zu sprechen? Wir schämen uns nicht, gute Bürger zu sein. Müssen wir aber wirklich der SPD ins Gedächtnis zurückrufen, was Dr. Kurt Schumacher auf dem Parteitag der SPD am 9. Mai 1945 sagte: „Wir haben als Sozialdemokraten gar keine Veranlassung, den Marxismus zu verdammen. Der Marxismus ist in seinen beiden wichtigsten Formen, der ökonomischen Geschichtsauffassung und der des Klassenkampfes, nichts Überlebtes, weil er durch die Realität ja wirklich bestätigt wird. Der Klassenkampf ist erst beendet, wenn alle Menschen gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben“ und „Für uns gilt immer noch das Wort: Proletarier aller Länder vereinigt Euch.“

Die Vereinigung der Proletarier — so benennt die SPD tatsächlich die deutschen Arbeiter, der englische Arbeiter würde sich eine solche Bezeichnung nicht gefallen lassen — hat anscheinend damit begonnen, daß Anhänger der SPD und KPD unsere Wahlversammlungen nunmehr in harmonischem Zusammenwirken stören und z. B. in Wandsbek in der CDU-Versammlung durch gemeinsames Absingen irgendwelcher Lieder das Schlußwort unmöglich machten. Wir sind der Meinung, daß es in der schweren Stunde, in der es um die Existenz unseres Volkes geht, die Kräfte aller zusammengefaßt und nicht auseinandergerissen werden sollten. Wo werden wir enden, wenn wir Deutschland wieder einmal in zwei feindlich sich gegenüberstehende Klassen aufspalten? Auch der Sozialdemokratie muß das Essener Sozialprogramm der CDU bekannt sein, welches die Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Gestaltung des Betriebes und ihre Beteiligung am Ertrag verlangt. Das ist der Weg, der den einzelnen und damit uns alle nach oben führt.

Es ist eine Utopie, allen Menschen die gleichen Rechte gewähren zu wollen. Die Menschen sind von Natur verschieden. Der Arbeiter kann nicht das Recht des Vormannes, der Vormannt nicht das Recht des Meisters haben. Schließlich ist auch im marxistischen Rußland die Stellung des Arbeiters in keiner Weise grundsätzlich verändert worden. Die CDU will aber einem jeden das Recht verschaffen, sich nach oben zu arbeiten, durch besonderen Fleiß, besondere Tüchtigkeit, besondere Sparsamkeit sich und seinen Kindern eine Stellung zu verschaffen.

## Klassenkampf — ein Ideal?

Von Senator Dr. Gerd Bucerius

Unter dieser Überschrift beschäftigte sich das „Hamburger Echo“ vom 18. 9. 46 mit meinem Artikel „Wahlpflicht“, in dem ich mit sehr zurückhaltenden Worten die überaus bedauerliche Tatsache feststellte, daß die Sozialdemokratie mit ganz besonderer Betonung die Idee des Klassenkampfes wieder in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gerückt hat. Das „Echo“ glaubt sich über diese Feststellung entrüstet zu müssen. Es fordert — wirklich! — zu größerer Sachlichkeit im Wahlkampf auf und will uns anscheinend Mangel an christlicher Gesinnung vorwerfen.

Warum der Vorwurf? Warum wird hier von Brunnenvergiftung gesprochen? Will man von dem Gedanken des Klassenkampfes abrücken und wie wir, die Einheit des Volkes in den Vordergrund stellen? Dann freilich wäre aus dieser Diskussion etwas gewonnen. Aber im Gegenteil. Man bemüht sich heute, den Klassenkampf als naturnotwendig anzusehen. Er soll aus der Lage unserer Gesellschaftsordnung zwangsläufig entstanden sein. Die Sozialdemokratie will ihn gar nicht, die Gegner zwingen ihn ihr auf. Nicht sie, die anderen sind schuldig!

Wir fragen uns nur immer, welche politischen Maßnahmen der anderen Parteien, vor allem der CDU, die Sozialdemokratie denn nun eigentlich zwingen, auf dieses furchtbare, die Einheit unseres Volkes zerstörende Instrument zurückzugreifen. An welcher Stelle haben wir angesetzt, um unsere politischen Gegner im Klassenkampf zu unterwerfen? Welches Verhalten unserer Mitbürger, von denen das „Echo“ z. B. anlässlich der CDU-Versammlung in Rahlstedt als einer „gutbürgerlich zusammengesetzten Versammlung“ spricht, gab Herrn Schmedemann das Recht, in jener Versammlung als Diskussionsredner der SPD von „schamlosen Ausbeutungsmethoden“ zu sprechen? Wir schämen uns nicht, gute Bürger zu sein. Müssen wir aber wirklich der SPD ins Gedächtnis zurückrufen, was Dr. Kurt Schumacher auf dem Parteitag der SPD am 9. Mai 1945 sagte: „Wir haben als Sozialdemokraten gar keine Veranlassung, den Marxismus zu verdammen. Der Marxismus ist in seinen beiden wichtigsten Formen, der ökonomischen Geschichtsauffassung und der des Klassenkampfes, nichts Überlebtes, weil er durch die Realität ja wirklich bestätigt wird. Der Klassenkampf ist erst beendet, wenn alle Menschen gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben“, und „Für uns gilt immer noch das Wort: Proletariat aller Länder vereinigt Euch.“

Die Vereinigung der Proletariat — so benennt die SPD tatsächlich die deutschen Arbeiter, der englische Arbeiter würde sich eine solche Bezeichnung nicht gefallen lassen — hat anscheinend damit begonnen, daß Anhänger der SPD und KPD unsere Wahlversammlungen nunmehr in harmonischem Zusammenwirken stören und z. B. in Wandsbek in der CDU-Versammlung durch gemeinsames Absingen irgendwelcher Lieder das Schlußwort unmöglich machten. Wir sind der Meinung, daß es in der schweren Stunde, in der es um die Existenz unseres Volkes geht, die Kräfte aller zusammengefaßt und nicht auseinandergerissen werden sollten. Wo werden wir enden, wenn wir Deutschland wieder einmal in zwei feindlich sich gegenüberstehende Klassen aufspalten? Auch der Sozialdemokratie muß das Essener Sozialprogramm der CDU bekannt sein, welches die Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Gestaltung des Betriebes und ihre Beteiligung am Ertrag verlangt. Das ist der Weg, der den einzelnen und damit uns alle nach oben führt.

Es ist eine Utopie, allen Menschen die gleichen Rechte gewähren zu wollen. Die Menschen sind von Natur verschieden. Der Arbeiter kann nicht das Recht des Vorgesetzten, der Vorgesetzte nicht das Recht des Meisters haben. Schließlich ist auch im marxistischen Rußland die Stellung des Arbeiters in keiner Weise grundsätzlich verändert worden! Die CDU will aber einem jeden das Recht verschaffen, sich nach oben zu arbeiten, durch besonderen Fleiß, besondere Tüchtigkeit, besondere Sparsamkeit sich und seinen Kindern eine Stellung zu erwerben, die besser ist als seine gegenwärtige. Wir wiederholen es: Schutz dem Schwachen, Aufstiegsmöglichkeit dem Tüchtigen, das sind die Ziele der CDU — und nicht theoretische Auseinandersetzungen über die Gleichheit von Rechten und Pflichten.



## Wahlpflicht?

Von Senator Dr. Gerd Bucerius

Würde die äußere Not unseren Blick für das Grundsätzliche nicht so sehr trüben, so würden wir besser empfinden, was es bedeutet, in einer unabhängigen Wahl die Vertreter der Gemeinden und demnächst in Hamburg die Vertreter der Bürgerschaft zu wählen. Gewiß: es gibt keine gesetzliche Verpflichtung, sich an der Wahl zu beteiligen; Bestrebungen, eine solche Pflicht einzuführen, sind wohl in allen Ländern gescheitert. Auch die Entscheidung darüber, ob man überhaupt wählen will oder nicht, muß in einem demokratischen Staatswesen freiwillig sein. Und dennoch haben unsere Mitbürger in den Provinzen der Ostzone, in denen an den beiden vergangenen Sonntagen gewählt wurde, in Sachsen, Provinz Sachsen und Thüringen, es als eine Verpflichtung empfunden, von ihrem Recht auch Gebrauch zu machen. Die Höhe der dort abgegebenen Stimmen übertraf alle Erwartungen. Berücksichtigt man den natürlichen Ausfall durch Krankheit, Ortsabwesenheit und andere Hinderungsgründe, so werden wir feststellen, daß in jenen Provinzen fast alle wahlberechtigten Einwohner an der Wahl auch teilgenommen haben.

Deutlicher als bei uns wurden freilich drüben die drohenden Fragen der Stunde einem jeden klargemacht. Liegt doch über jenem Lande drüben der Schatten jenes gewaltigen Reiches des Ostens, dessen Lebensformen uns so fremd erscheinen wollen. Rußland hat sich nicht damit begnügt, einen erheblichen Teil Deutschlands zu besetzen. Es nimmt vielmehr auch einen starken Anteil an der inneren Politik unseres Landes. Infolge der Förderung durch die Besatzungsmacht ist in der Ostzone jene Verschmelzung von Kommunisten und Sozialdemokraten zustande gekommen, die unter dem Namen der Sozialistischen Einheits-Partei (SED) jetzt in den drei Ländern, in denen die Wahlen schon stattfanden, die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erlangt hat. Die sich hieraus für die wirkliche Freiheit der deutschen inneren Politik ergebende Gefahr ist es wohl in erster Linie gewesen, welche alle ihrer Verantwortung gegenüber dem deutschen Volke bewußten Bürger zur Wahlurne geführt hat.

Liegen die Dinge bei uns anders? Freilich: die Gefahr einer groben Verfälschung der wirklichen politischen Meinung ist hier wohl ausgeschlossen. Können wir indes sicher sein, daß die Bewegung, die mit Hilfe unseres übermächtigen östlichen Nachbarn ins Rollen kam, an der nahen Besatzungsgrenze ihr Ende findet? Müssen wir nicht auch uns schützen gegen eine Flut, die aus unterirdischen Quellen eines Tages bei uns entstehen kann? Es ist das Recht auf Selbsterhaltung, das alle diejenigen geltend machen, welche an der Wahlurne die politischen Geschicke des Landes be-

stimmen wollen. Nicht nur in den Landesparlamenten, sondern gerade in den Gemeinden, in welchen am kommenden Sonntag in der britischen Zone gewählt werden wird, wird dieser Kampf ausgetragen. Hier streitet der Bauer für seine Scholle, der Arbeiter um sein Recht zur Mitbestimmung an seinem Arbeitsplatz, der Handwerker und Kaufmann um die Freiheit seiner Entwicklung, der Flüchtling um seine gleichberechtigte Aufnahme in die Gemeinschaft. Sie zuerst werden es spüren, wenn die Wahlen in den Gemeindevertretungen einer Richtung zum Siege verhelfen, die ihren politischen Vorstellungen nicht entspricht.

Wofür tritt die Christlich Demokratische Union in dieser großen Auseinandersetzung ein? Allem Extremen fern, will die CDU die lebendigen Kräfte des ganzen Volkes zusammenfassen, um heute der äußeren Not Herr zu werden und morgen Deutschland in die Reihe der geachteten und angesehenen Völker zurückzuführen. Weil er der Einheit hinderlich ist, verwirft die CDU den Gedanken des Klassenkampfes, den die Sozialdemokratie wieder mit besonderem Nachdruck als ihr politisches Ideal ansieht. Nicht in der fruchtlosen Auseinandersetzung einzelner Gruppen unserer Bürger gegeneinander wie in den Jahren vor 1933, sondern im gemeinschaftlichen Ringen um die großen vor uns liegenden Ziele wird sich die ganze Kraft unseres Volkes wieder offenbaren. Wir wollen in jenem Kampf auch für den einzelnen möglichst viel von der Freiheit seiner wirtschaftlichen und geistigen Betätigung erhalten wissen. Deshalb treten wir für den freien Wettbewerb auf allen Gebieten unseres wirtschaftlichen Lebens ein. Jeden privaten und staatlichen Monopolismus lehnen wir ab. Deshalb hat die CDU in der Hamburger Bürgerschaft einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Aktien der Hamburger Hochbahn, soweit sie sich noch in Händen von Privaten befinden, gegen eine angemessene Entschädigung auf den Staat übertragen soll. Die Hochbahn hat ein Verkehrsmonopol, niemand kann mit ihr in Wettbewerb treten; ihr Unternehmen gehört daher in die Hand des Staates. Um so nachdrücklicher begehren wir aber auf der anderen Seite, daß für den Handwerker, die kleinen und mittleren Fabrikanten und den Kaufmann das Recht erhalten bleibt, im freien Wettbewerb seine Kräfte zu messen und zu seinem und des Staates Nutzen wirtschaftliche Werte zu schaffen. Die Essener Leitsätze der CDU zur Sozialpolitik verlangen für den Arbeitnehmer Sicherung seiner Stellung im Betriebe und ein Recht auf Beteiligung an dem von ihm und dem Gewerbetreibenden gemeinschaftlich errungenem Gewinn. Die Freiheit, einen mäßigen Besitz zu erwerben, die Möglichkeit, sich selbst oder seinen Kindern einen Aufstieg zu erarbeiten, Schutz dem Schwachen, Aufstiegsmöglichkeit dem Tüchtigen: das sind die Ziele der CDU.

Hamburgisches  
Welt-Wirtsch.-Archiv

02639 0006 000 *P. Bucerius*

Hamburger Allgemeine Ztg

№ 57 -

15. Okt. 1946

### Dr. Gerd Bucerius

Senator für das Bauwesen

CDU und SPD haben sich, wie erwartet, mit erheblichem Abstand vor den anderen Parteien als die beiden großen politischen Faktoren auch der britischen Zone erwiesen. Ob die endgültigen Zahlen den Vorsprung der CDU noch verändern werden, ist nicht von großer Bedeutung. Wichtig bleibt aber, daß die kleinen Parteien überwiegend nicht der Linken angehören, das Gewicht der CDU also noch erhöhen. Für alle Westzonen steht damit fest, daß der von der Sozialdemokratie verfochtene Gedanke der Staats- und Planwirtschaft abgelehnt worden ist. Das deutsche Volk wünscht seine Wirtschaft in Freiheit wieder aufzubauen. Das Sozialprogramm der CDU sichert dabei die Stellung aller am Wirtschaftsprozeß Beteiligten, also gerade auch der Arbeiter und Angestellten. Es ist sehr zu hoffen, daß nach dem von allen Seiten zwar mit Schärfe, aber dennoch mit Würde geführten Wahlkampf die Parteien sich überall zu friedlicher Zusammenarbeit bereit finden werden. Wichtiger noch als die Frage der neuen deutschen Wirtschaftsordnung ist die Regelung unseres Verhältnisses zu den Siegerstaaten. Es wird unserer gemeinsamen unermüdlichen Anstrengungen bedürfen, wollen wir hier nicht in einer für die Zukunft Deutschlands verhängnisvollen Weise versagen.



0 2 6 3 9 - 0 0 0 7 - 0 0 0

Hamb. Allgemeine Zeitung

Nr. 1 7 9

**Dr. Bucerius über Außenpolitik**

rm Hamburg, 29. November

Im Anschluß an seine nach englischem Muster eingerichtete Sprechstunde für die Bevölkerung seines Wahlkreises sprach Bundestagsabgeordneter Dr. Bucerius gestern abend in Altona über die gegenwärtig im Vordergrund stehenden Probleme der Außenpolitik.

Nach Ansicht des Redners hat sich innerhalb der letzten zwei Monate ein fühlbarer Stimmungsumschwung gegenüber Deutschland in der Weltöffentlichkeit vollzogen. Hauptsächlich sei dies den deutsch-französischen Verständigungsbemühungen zuzuschreiben. Diese neue Politik findet auch in der USA-Presse starken Widerhall. Ständen namhafte amerikanische Journalisten — wie Walter Lippman — Deutschland bisher mit sehr vielen Vorbehalten gegenüber, so sprechen sie neuerdings mit der größten Hochachtung von der Politik der deutschen Bundesregierung.

Auf die jüngsten Ereignisse in Bonn eingehend, sprach Dr. Bucerius sein Bedauern über das Verhalten Dr. Schumachers aus. Schumachers Politik gefährde die innerdeutsche Entwicklung und sei — wie das Auslandsecho bereits bewiesen hat — keinesfalls ein Beitrag zur Hebung des deutschen Ansehens.

0 2 6 3 9 0008 000

## Hamburger Echo

92

Nr. ....

### Ist Dr. Bucerius Sozialdemokrat geworden?

Zu dem Artikel „Wahlparolen und Praxis der CDU“ in unserer Ausgabe vom 28. Juli schreibt uns der Abgeordnete des Wirtschaftsrates, Dr. Bucerius, Hamburger Bundestagskandidat der CDU, unsere Darstellung, er sei einer der beredtesten Verfechter der Hausbesitzerinteressen in der Frage der Erhöhung der Mieten, sei unrichtig. Dr. Bucerius erklärt:

„Ihre Darstellung, die von der CDU vertretene Forderung der sozial tragbaren Mieten würde von mir verletzt, ist nicht richtig. Ich habe mich über die Frage der Mietpreisregelung nur ein einziges Mal geäußert, und zwar in einer Versammlung des Haus- und Grundeigentümervers in Hamburg. Hier habe ich im Gegenteil ganz deutlich festgestellt, daß das gegenwärtige Lohnniveau auf Grund der gesetzlichen Mieten kalkuliert sei und daher eine Erhöhung der Mieten auf keinen Fall zulasse. Ich habe hinzugefügt: Im Zuge der wesentlichen Erhöhung des deutschen Sozialproduktes werden namhafte Lohn- und Gehaltssteigerungen eintreten. Erst wenn das geschieht, kann davon ein kleiner Teil dem gänzlich zerrütteten Hausbesitz zugeführt werden, und zwar gerade im Interesse der Mieter, die an der Instandhaltung der Häuser dringend interessiert sind.“

Lassen wir einmal den unbekümmerten Vorwahl-optimismus des Herrn Dr. Bucerius, mit dem er freigiebig „namhafte Lohn- und Gehaltssteigerungen“ verheißt, beiseite und betrachten wir seine Feststellung, daß eine Mieterhöhung erst nach einer Erhöhung des allgemeinen Lohnniveaus in Frage kommen könne, so müssen wir feststellen, daß das ein typischer sozialdemokratischer Standpunkt ist, der in striktem Gegensatz zu den bisher bekanntgewordenen Auffassungen der Haus- und Grundeigentümervers steht. Wenn Dr. Bucerius sich vor den Hamburger Haus- und Grundeigentümern wirklich zu einer solchen Auffassung bekannt hat, so ist es mehr als erstaunlich, daß der Haus- und Grundeigentümervers gerade ihn als den geeigneten Vertreter der speziellen Hausbesitzerinteressen in den Bundestag entsandt sehen möchte. Gewiß haben die in solchen Dingen nicht begriffsstützigen Herren vom Haus- und Grundeigentümervers die mieterfreundlichen Erklärungen des wegen seiner Wendigkeit bekannten CDU-Kandidaten mit verständnisvollen Augenzwinkern aufgenommen



0 2 6 3 9 0009 000

## Hamburger Echo

Nr. 93

### „Im Interesse der Mieter“ . . .

... will Dr. Bucorius Ordnung in den Verhältnissen des Hausbesitzes schaffen.

Dr. Gerd Bucorius, Kandidat der CDU, ist von wahrhaft rührendem Eifer beseelt, hinter die Geheimnisse des § 11 des Pressegesetzes, des berühmten „Berichtigungsparagraphen“, zu kommen. Bisher gelang es ihm aber nicht, weil es ihm schwer fällt, Tatsachen und Polemik auseinander zu halten. Da nun das „Echo“ seinem durchsichtigen Agitationsbedürfnis nicht zu folgen bereit war, bemühte er sogar das Hamburger Landgericht in seinem Namen und dem der Frankfurter CDU-Fraktion. Mit einer „Einstweiligen Verfügung“ sollte das „Hamburger Echo“ zum Abdruck einer wahlpropagandistischen Erklärung der CDU-Fraktion gezwungen werden. Natürlich blieb Dr. Bucorius damit auf der Streiche liegen. Das Gericht konnte dem unfundierten Antrag wirklich nicht Rechnung tragen.

Das unruhige Gewissen aber läßt unseren Kandidaten keine Ruhe. Die Schlußfolgerungen des „Echo“ über den Sinn seines kürzlichen Werbevortrages vor den Hamburger Haus- und Grundeigentümern haben es ihm angetan. Wieder möchte er es „gemäß § 11 des Pressegesetzes“ zur Aufnahme einer, wie er es nennt, „Berichtigung“ zwingen. Trotz der von dem Gericht empfangenen Belehrung hat er immer noch nicht kapiert, worauf es dabei ankommt. Da die „Berichtigung“ des Herrn Doktor jedoch viele Leser sehr interessieren wird, sei sie hier, trotz ihrer presserechtlichen Unzulänglichkeit, im vollen Wortlaut wiedergegeben:

„Es ist nicht richtig, daß der Haus- und Grundeigentümerverschein gerade mich“ als den geeigneten Vertreter der speziellen Hausbesitzerinteressen in den Bundestag entsandt sehen möchte. „Derartiges ist bisher vom Haus- und Grundeigentümerverschein weder erklärt noch angedeutet worden. Mein Mandat ist mir lediglich von der CDU und der Wahlgemeinschaft FDP/CDU erteilt worden. Allerdings werde ich es im Falle meiner Wahl als Vertreter aller Mitbürger meines Wahlkreises für meine Pflicht ansehen, auch endlich Ordnung in den Verhältnissen des Hausbesitzes zu schaffen, weil ich überzeugt bin, daß gerade das Interesse der Mieter dies verlangt.“

Zu dieser Erklärung wollen wir uns jeden weiteren Kommentars enthalten. Die Leser (und Wähler) mögen selbst ihre Schlußfolgerung ziehen. Nur ein kleiner ganz allgemeiner Hinweis sei uns gestattet: Wenn schon Dr. Bucorius nicht als geeigneter Vertreter gelten soll — der Präsident der Haus- und Grundeigentümerverschein, Handschuhmacher, hat es übernommen, als Kandidat der CDU für den Bundestag die Richtung anzugeben. Wahrscheinlich ebenfalls nur, um „gerade im Interesse der Mieter“ Ordnung in den Verhältnissen des Hausbesitzes zu schaffen.



02639 0010 BEC

The Times ( London

Nº 51750

Signatur

Datum

22. Juli 1950

### SCHUMAN PLAN

Dr. Bucerius, a member of the Federal German Parliament, said that Germany was "a little bit sad" at the reaction in Britain to the Schuman plan.

"Germans believe," he said, "that within the European frame of the Schuman proposal France opened the door for equality again for us and enabled us to return not to political but to moral freedom, without which we can play no part in western civilization."

"Korea may be the last warning we are to receive. Germans know that they have nothing to lose but everything to gain in a united federal Europe. New forms have to be developed to add the strength of England and the Commonwealth to Europe, which cannot survive without you."

France had come forward with a magnificent offer to pool with others a large part of her material resources. When the unity of Europe was achieved it would be recorded that the first real, true, practical step towards that unity was taken by France.